

Wie groß ist der Lohnraub 1931?

Lohnraub 1931 = 10,5 Prozent Senkung der Tariflöhne + 8 Prozent Senkung der übertariflichen Verdienste + 12,5 Prozent Lohnausfall durch Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit + 4 Prozent Erhöhung der Lasten und Herabsetzung der Unterfütterung = 35 Prozent

Was der ADGB zugeben muß

Wenige Tage trennen uns von einer neuen Notverordnung, die einen weiteren Abbau der Löhne und Gehälter, eine weitere Senkung der sozialen Leistungen bringen wird. Es ist deshalb heute, am 1. Dezember 1931, von Interesse, zu erfahren, wie groß der Lohnraub im Jahre 1931 war. Die oben veröffentlichte Statistik des ADGB, die mirt deshalb direkt sensationell. Man erläßt aus dieser Statistik Einzelheiten über die zwei Lohnraubaktionen des Jahres 1931. Was haben diese Lohnraubaktionen dem deutschen Arbeiter gebracht?

Die von den ADGB-Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge umfaßten noch 1929 rund 10,5 Millionen Arbeiter. Jetzt sind es nicht mehr als 7,5 Millionen, die übrigen sind erwerbslos. Die laufende Tarifstatistik des ADGB, umfaßt etwa 6,7 bis 6,8 Millionen Arbeiter. Aus dieser laufenden Statistik erfahren wir, daß der Abbau der Tariflöhne im ersten Halbjahr 1931 sich wie folgt gestaltete:

Abbau der Tariflöhne	Beschäftigte
bis 3 v. H.	237 000 = 3,6 v. H.
3 1/2 bis 5 1/2 v. H.	2 320 000 = 35,6 v. H.
rund 6 v. H.	2 581 000 = 38,3 v. H.
rund 7 v. H.	289 000 = 4,2 v. H.
rund 8 v. H.	166 000 = 2,5 v. H.
über 8 v. H.	1 094 000 = 16,8 v. H.
	6 527 000 = 100 v. H.

Der Abbau der Tariflöhne bewegt sich von weniger als 3 v. H. bis zu 8 v. H. Der Durchschnitt beträgt 6 v. H. Die Tariflöhne sind demnach im ersten Halbjahr 1931 durchschnittlich um 6 v. H. gesenkt worden.

In der zweiten Hälfte des Jahres sind die Tariflöhne nochmals gesenkt worden. Bisher liegen folgende Angaben für das zweite Halbjahr 1931 vor:

Abbau der Tariflöhne	Beschäftigte
Bis 3 Prozent	108 000 = 6,8 Prozent
3,5 bis 5,5 Prozent	1 271 000 = 77,2 "
Rund 6 Prozent	51 000 = 3,1 "
Rund 7 Prozent	121 000 = 7,4 "
Rund 8 Prozent	27 000 = 1,6 "
Über 8 Prozent	68 000 = 4,1 "
	1 646 000 = 100 Prozent

Im zweiten Halbjahr 1931 sind demnach die Löhne durchschnittlich um 4,5 Prozent gesenkt worden. Zur Zeit laufen Lohnabbauberhandlungen für weitere mehr als 3 Millionen Arbeiter. Außerdem sind bereits die Lohnsätze für eine Million Arbeiter für das erste Vierteljahr 1932 gekündigt worden. Die ADGB-Statistik läßt in folgenden Worten das Ergebnis des Abbaus der Tariflöhne im Jahre 1931 zusammen:

„Im Durchschnitt sind bereits 10,5 Prozent der Tariflöhne abgebaut oder stehen, soweit in Verhandlung, demnächst vor diesem Resultat.“ („Die Arbeit“, Novemberheft, Seite 877.)

Es ist charakteristisch für die Gewerkschaftsbürokratie, wie sie in ihrem theoretischen Organ offen zugibt, daß die Löhne der zur Zeit in Lohnbewegungen stehenden Arbeiter im Durchschnitt um 10,5 Prozent abgebaut werden. Die Bürokraten erklären also von vornherein, daß sie nichts tun werden, um den bevorstehenden Lohnraub abzuwenden. Die Tarifstatistik des ADGB, rechnet also mit einem Abbau der Tariflöhne im Jahre 1931 von durchschnittlich 10,5 Prozent.

Somit über die Senkung der tariflichen Löhne. Die tariflichen Löhne sind aber im Jahre 1931 stärker gesunken. Hören wir, was die Betriebsstatistik des ADGB, darüber zu berichten hat:

„Der tatsächliche Lohn hat eine erheblich stärkere Senkung durch Vernichtung der übertariflichen Zulagen und Senkung der Affordordienste. Genaue Zahlen über die Höhe dieses Abbaues liegen leider nicht vor. Wie sich aber schon aus der Ende März 1931 durchgeführten monatlichen Erhebung über die Lohnentwicklung im Holzgewerbe ergibt, sind gerade diese Abzüge sehr hoch. Eine Schätzung mit durchschnittlich 7 bis 8 Prozent des Lohnes dürfte keineswegs zu hoch, eher zu niedrig sein. Einschließlich des Abbaus der Tariflöhne dürfte der durchschnittliche Lohnabbau unter Einbeziehung der zweiten Lohnraubaktion etwa 18 bis 19 Prozent des tatsächlichen Lohnes betragen.“

Der Lohn des vollbeschäftigten Arbeiters ist demnach in einem Jahr um 18 bis 19 Prozent gesunken. Ein Arbeiter, der beispielsweise im Dezember vorigen Jahres mit 30 Mark pro Woche nach Hause ging, erhält im Dezember 1931 einen Wochenlohn von 24 bis 25 Mark. Eine Arbeiterin mit 20 Mark Wochenlohn muß sich jetzt mit 16 Mark begnügen.

Aber damit noch nicht genug. Inzwischen ist die Kurzarbeit gestiegen, der Wochenlohn ist entsprechend gesunken. Inzwischen ist die Erwerbslosigkeit rapide gewachsen: haben in einer Familie zwei gearbeitet, so ist einer von ihnen inzwischen erwerbslos geworden.

Von 100 Gewerkschaftsmitgliedern waren Oktober 1930 23,6, Oktober 1931 36,8 erwerbslos; die Zahl der Kurzarbeiter liegt in derselben Zeit von 15,4 auf 22,1.

Der vermehrte Lohnausfall durch die gesteigerte Erwerbslosigkeit beträgt für das Jahr 1931 12,2 Prozent oder, wenn man die erhaltene Erwerbslosenunterstützung berücksichtigt, etwa 16 Prozent. Der vermehrte Lohnausfall durch Kurzarbeit macht 2,5 Prozent des Gesamteinkommens aus.

Die sozialen Lasten des Arbeiters und seine Steuern sind im Jahre 1931 gestiegen. Die Unterfütterung aber, die der Erwerbslose bekommt, ist gesunken. Durch verschiedene Notverordnungen sind die Leistungen der Arbeitslosenversicherung gekürzt. Außer dem direkten Abbau der Unterfütterung konnte sich auch der indirekte Abbau aus, die Überführung großer Massen von Erwerbslosen von der Arbeitslosenversicherung in die Arsenfürsorge und die Wohlfahrtsunterstützung. Ein Vergleich der Verteilung der Erwerbslosen zwischen der Arbeitslosenversicherung, Arsenfürsorge und Wohlfahrtsunterstützung im Oktober 1930 und Oktober 1931 zeigt folgendes Bild:

	Proz. der Erwerbslosen in der Arbeitslosenversicherung	Proz. der Erwerbslosen in der Arsenfürsorge	Proz. der Erwerbslosen in der Wohlfahrtsunterstützung
Oktober 1930	48,0	15,7	18,0
Oktober 1931	25,6	39,2	29,2

Nach verschiedenen Schätzungen betrug die Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1930 im Durchschnitt etwa 25 Proz. des Lohnes, im Oktober 1931 sind es nur noch 27 Prozent. Durch Erhöhung der sozialen Lasten und Steuern, sowie durch die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung ist das durchschnittliche Gesamteinkommen des Arbeiters im Jahre 1931 um 4 bis 5 Prozent gesenkt worden. Ueber ein Drittel des Lohnes ist dem Arbeiter im Laufe eines Jahres geraubt worden. Jetzt wird ein neuer gewaltiger Schlag geplant. Wohin soll das führen?

Ein Drittel des Gesamteinkommens in einem

Zeitpunkt — das ist eine große Zahl. Waren doch die Arbeiter schon im Jahre 1930 ganz erheblich gesunken. Und nun wieder neuer Lohnraub!

Die Arbeiterklasse kann sich an Hand dieser Tatsachen überzeugen, daß die Lohnräuber nicht satt werden können. Noch ist vorbereitet. Einmal muß damit Schluss sein!

Es liegt an der Arbeiterklasse, damit Schluss zu machen. Die parteipolitischen Jugendlichen und Sympathisanten, zusammen mit den Lohnraubern zum Stehen zu bringen. Schluss mit dem Lohnraub und mit dem Abbau der Unterfütterung — das ist die zentrale Parole der deutschen Arbeiterklasse.

Es sind die Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition, die alles daran setzen, um diese Parole zur Tat zu machen.

Gäuberungsaktion bei Anton Reiche AG, Dresden

(Arbeiterkorrespondenz Nr. 1877)

Seit einiger Zeit ist die Direktion der Firma Anton Reiche, AG, dabei, den Betrieb von allen revolutionären Arbeitern zu säubern. Als erste kamen die Kandidaten der roten Liste an die Reihe, dann aber wurde man großzügig und legte eine Teilzulassung durch, in deren Verlauf man mit einer „Schlange alle mit der KPD und AGD sympathisierenden Kollegen auf die Straße warf. So folgte der Wahrgang des Kollegen Schuber am 4. November der Hinauswurf der zwei roten Betriebsräte

Klim und der Kollegin Krebs, in dem man kurzerhand die Betzerei stilllegte, wo Obige beschäftigt waren.

Aber nicht nur der Unternehmer, sondern auch die sogenannten „freien Gewerkschaften“ und die SPD führen den Kampf gegen die revolutionären Arbeiter. Der Auspruch eines sozialdemokratischen Kämpfers: „Eich Briber wärmer schon noch keine Kriecher“ zeigt deutlich, welche Angst die Sozialdemokraten vor der KPD haben.

Arbeiter von Anton Reiche, seid ihr euch darüber im Klaren, was die Direktion und ihre reformistischen Hellschmeißer mit diesen Maßregelungen bezwecken? Erneuter Lohnraub soll mittels werden, und um denselben durchzuführen, müht die „unselbständigen“ Elemente entsetzt werden. Weiter glaubt man, daß die Belegschaft die rigorosen Massenentlassungen ohne Widerstand hinnehmen wird und das letzte Ende die KPD bei den kommenden Betriebsratswahlen ausschaltet ist.

Wir sagen diesen Herrschaften: Schneidet euch nicht in die Finger, wenn ihr glaubt, nun eure Ausbeutermethoden in aller Ruhe betreiben zu können. Die Arbeiterklasse wird über die Köpfe ihrer Führer hinweg zu einer festen Einheitsfront zusammenschließen, an der die Diktaturgelüste der Unternehmer zerfallen müssen.

Den Kollegen und Kolleginnen von Anton Reiche rufen wir zu: Kommt zu uns! Für einen christlichen Arbeiter ist kein Platz in der SPD. Wählt vorbereitende Kampfschüsse und zeichnet euch reiflos ein zum roten Volksbegehren der KPD, die euch zum Siege führen wird.

Rote Betriebswoche vom 7. bis 15. Dezember

im Rahmen des roten Volksbegehrens der KPD
Am Donnerstag, dem 3. Dezember, 17 Uhr

Öffentl. Betriebsraterversammlung

für alle Betriebe von Plauen und Löbau im Drei-Kaiser-Hof. Es spricht Genosse Radel, MdR

Thema: „Wer streikt, wird erschossen!“

Erwerbslosenversammlung

am Freitag, dem 4. Dezember, 14 Uhr, im Kegelheim, Friedrichstraße. Referent: Genosse Radel, MdR

Zigarettenfabrik Penidze, ein Musterbetrieb

Bütteldienste des reformistischen Betriebsrates

(Arbeiterkorrespondenz 1886)

In der in der vergangenen Woche stattgefundenen Betriebsraterversammlung glaubte der reformistische Betriebsrat Gerstmann wieder einmal, wie schon so oft, Unternehmerinteressen vertreten zu müssen, indem er erklärte, daß wieder 150 Entlassungen vorgenommen werden müßten, da der Keimtomato-Konzern nicht dulden könne, daß die Penidze voll arbeite, während andere Betriebe weniger stark beschäftigt wären. Die Arbeiter der Penidze könnten froh sein, daß sie bis jetzt voll gearbeitet hätten. An der Liste der zur Entlassung kommenden Arbeiterinnen habe er „diesmal“ nicht mitgearbeitet und empfehle allen, daß sie sich bei Entlassungen an ihn wenden sollen, damit er nachprüfen könne, ob nicht andere, sozial Vorgesetzte, entlassen werden sollen.

werdet ihr imstande sein, den drohenden Lohnraub über die Köpfe der reformistischen Gewerkschaftsführer hinweg abzumachen?

Alle Betriebe berichten an die KPD, Dresden-N., Kleinfstraße 100, Industrie-Gruppe Fabrik.

Zentraler Kampfausschuß Nordwest gewählt

Am 29. November tagten überall im Nordwestgebiet von der KPD organisierte Belegschafts- und Arbeiterkonferenzen. Die Führer der betrieblichen Kampfausschüsse trafen zu einer zentralen Konferenz zusammen und wählten auf breiter Einheitsfrontbasis den zentralen vorbereitenden Kampfausschuß für Nordwest. Aus allen Berichten ging der volle Kampfwille und die gewaltige Empörung der Belegschaft hervor. Die bürgerliche Presse meldet bereits einen sprunghaften Lohnraub an. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde beschlossen, jeden Lohnraubversuch mit dem Streik zu beantworten.

Naziangriff auf Leunawerke zurückgewiesen

Halle, 2. Dezember (Eig. Bericht). Die ganze letzte Woche hindurch verlauteten die Nazis im Rahmen ihrer „Hitler-Aktion in öffentlichen Belegschaftsversammlungen die Leunawerke für sich zu kopern. Jetzt müssen sie diese Versuche aufgeben, denn die Leunawerkschäftigen wollen mit dem Faschismus nichts wissen. Aber ein Ergebnis hat diese Woche gehabt: Die rote Einheitsfront der Arbeiter ist gewachsen. Eine gemeinsame Konferenz von 23 Betriebsräten verschiedener Betriebe wählte zum ersten Male eine Einheitsfront-Kommission. Gemeinsam haben diese im Laufe der Woche Abend für Abend sozialdemokratische, parteilose und kommunistische Arbeiter die Angriffe der Nazis in den Versammlungen zurückgewiesen.

Große Angestellten-Kundgebung in Essen

polizeilich aufgelöst

In Essen hatte am 28. November die KPD eine große Angestelltenkundgebung einberufen. Nahezu 500 Beamte und Angestellte waren erschienen, die mit größter Aufmerksamkeit und starkem Beifall den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten starken Beifall den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Genossen Torgler folgten. Als Genosse Torgler von den Polizeibehörden bei den Reichwehrläden und den Polizeibeamten sprach, wurde er durch den Überwachenden Referatsbeamten verwirrt. Als im weiteren Verlauf keine Referatsbeamten verweigert. Als im weiteren Verlauf keine Referatsbeamten verweigert. Als im weiteren Verlauf keine Referatsbeamten verweigert. Als im weiteren Verlauf keine Referatsbeamten verweigert.

Chemiearbeiter, aufgepaßt!

Am 31. Dezember 1931 läuft der Lohnvertrag für die chemische Industrie im Landesgebiet Sachsen ab. Schon versuchen die Bürokraten des Fabrikarbeiterverbandes den Arbeitern einen kommenden Lohnabbau schmacht zu machen. Mit allerlei Redensarten glauben sie die Arbeiter einzufangen zu können, um andererseits durch verstärkte Heße gegen die KPD einen Keil in die Arbeiterklasse zu treiben. Teilzulassungen in der Chemiewirtschaft sind heute an der Tagesordnung. Von seiten der Jungen nichts als radikale Reaktionen, um dann hinter verschlossenen Türen mit den Unternehmern zu verhandeln. Die sozialdemokratischen Arbeiter wenden sich mit Abscheu von diesen Methoden ab. Auch sie erkennen immer mehr die arbeitereindliche Führung des Fabrikarbeiterverbandes. Stärker wächst die KPD in den Chemiebetrieben. Die Arbeiter wissen, daß nur eine geschlossene Front gegen Lohnraub und Unterdrückung imstande ist, Unternehmerranzge und Spaltungversuche der Gewerkschaftsbürokraten zunichte zu machen.

Darum, Chemiearbeiter, schafft in allen Betrieben KPD-Gruppen und vereint euch in geschlossener Front unter Führung der KPD und der AGD! Wählt in allen Betrieben vorbereitende Kampfausschüsse auf breiterer Grundlage. Nur so

Heute noch zeichne dich ein in die Listen für das rote Volksbegehren!